

Herman Van Rompuy
Präsident des Europäischen Rates
"Blick zurück, Blick nach vorn"
Rede auf der Konferenz "Dove va l'Europa" – "Lage der Union"
(Accademia dei Lincei)

Es ist mir ein Vergnügen, auf dieser Konferenz in Rom zu sprechen. Noch dazu im Palazzo Corsini, einem Ort der Künste und Wissenschaften ... und vor einer so erlesenen Zuhörerschaft. In den letzten fünf Jahren bin ich viele Male nach Rom gekommen – zu vielen denkwürdigen Treffen – im Palazzo Chigi, im Quirinalspalast ... – ich freue mich aber besonders, heute vor diesem öffentlichen Forum das Wort zu ergreifen.

Wir befinden uns in einer Zeit der politischen Erneuerung der Europäischen Union. Ein neuer Fünfjahreszyklus beginnt: Diese Woche hat die neue Europäische Kommission ihre Arbeit aufgenommen; am 1. Dezember wird der Europäische Rat einen neuen Präsidenten, Donald Tusk, meinen Nachfolger, erhalten. Und ich grüße auch den italienischen Vorsitz des Ministerrates!

Gleichzeitig ist das Jahr 2014 ein Jahr des vielfältigen Gedenkens – an den hundertsten Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs; in zwei Tagen an den fünfundzwanzigsten Jahrestag des Falls der Berliner Mauer ... – was zwar ein deutsches, aber auch ein wirklich europäisches Ereignis war. So ist dies ein guter Zeitpunkt für einen "Blick zurück, Blick nach vorn".

Ganz im Geiste unserer Tagung – über "*Lo Stato dell'Unione*" – möchte ich mit meinen Bemerkungen eher eine Panoramaansicht vermitteln. Ich möchte Ihnen drei Reflexionsstränge darlegen.

Erstens zur Wirtschaftskrise und zur gegenwärtigen Wirtschaftslage;

zweitens einige praktische und institutionsbezogene Erläuterungen zum Amt des Präsidenten des Europäischen Rates, einschließlich zur Rolle des Organs im Bereich der auswärtigen Politik;

drittens und schlussendlich: eine breiter angelegte Reflexion darüber, wie die Menschen Europa heute erleben und wie die Union mehr Fürsorge und Schutz bieten kann.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise – sie ist unumgänglicher Ausgangspunkt sowohl für den Blick zurück, als auch für den Blick nach vorn. Die nächsten fünf Jahre werden zwangsläufig beeinflusst durch die Zeit, die wir gerade hinter uns lassen. Europa hat sich gewandelt. Es ist eine schwierige, bisweilen schmerzliche Zeit gewesen. Die Solidarität zwischen unseren Ländern ist auf die Probe gestellt worden. Aber wir haben all dies überwunden.

Die wichtigste Lehre aus der Krise im Euro-Raum ist, dass wir unsere gegenseitige Abhängigkeit voll und ganz erkannt haben. Was in einem unserer Länder geschieht, kann sich auf alle auswirken. Das Schicksal eines Landes mit 10 Millionen Einwohnern (wie Griechenland) wirkt sich auf das gesamte Währungsgebiet mit seinen 350 Millionen Menschen, ja sogar auf die globale Wirtschaft aus. Den Regierungen ist all dies bewusst geworden, allerdings haben sie dafür eine gewisse Zeit gebraucht. Und die öffentliche Meinung hat dies auch erkannt – jedoch hat sie dafür, was ganz natürlich ist, noch mehr Zeit gebraucht. Wir haben die existentielle Bedrohung des Euro-Raums überwunden; wir haben die Schlacht gewonnen – auch gegen all die Unglückspropheten und Spekulanten!

Die andere wichtige Lehre aus der Krise ist gewesen, dass wir – um mit dieser gegenseitigen Abhängigkeit umzugehen – "mehr Europa" brauchten und noch immer brauchen (dies ganz gewiss im Euro-Raum). Wir müssen die Wirtschafts- und Währungsunion stärken.

Vieles, was in den letzten Jahren getan wurde, hat diesem Ziel gedient, und im Ergebnis verfügen wir heute ganz klar über eine solidere WWU-Architektur als vor fünf Jahren: mit besserer haushaltspolitischer und makroökonomischer Aufsicht, mit Rettungsfonds und auch – seit dieser Woche – mit der durch die Europäische Zentralbank gewährleisteten Aufsicht über alle Banken im Euro-Raum. Dies ist der Beginn der Bankenunion – wahrscheinlich der größte Schritt in der europäischen Integration seit Einführung des Euro selbst.

Aber es wird noch mehr getan werden müssen, und zwar insbesondere bei der wirtschaftspolitischen Koordinierung. Man kann keine gemeinsame Währung haben und gleichzeitig neunzehn voneinander getrennte Wirtschaftspolitiken. Ein Mindestmaß an Konvergenz ist unerlässlich.

Hier ist einer der Punkte, in dem ich persönliches Bedauern empfinde. Bei der wirtschaftspolitischen Koordinierung wäre ich lieber noch weiter gegangen, als wir in meiner Amtszeit zu beschließen vermochten. Der Vorschlag, den ich hierzu vorgelegt habe, fand nicht genügend Unterstützung. Aber: Eine Lösung kann man übergehen, ein Problem kann man nicht übergehen.

So überrascht es mich nicht, dass bereits im Dezember – auf der ersten Tagung des Europäischen Rates unter meinem Nachfolger – das Thema wieder auf den Tisch kommt. Beschlossen wurde dies vor zwei Wochen auf dem letzten Euro-Gipfel unter meinem Vorsitz.

Natürlich geht es heute bei der aktuellen wirtschaftspolitischen Debatte um anderes. Es geht um Wachstum, um Reformen, um die Frage, wie wir die richtige Balance – innerhalb der Länder und zwischen ihnen – finden können. Die Wirtschaftskrise zieht sich länger hin, als wir erwartet oder gehofft hatten, nach der Rückkehr der Finanzstabilität im Euro-Raum im Herbst 2012. Woran liegt das?

Das Wachstum ist vor allem deshalb schwach, weil unser Potenzial für strukturelles Wachstum schwach ist; heute liegt es bei etwa 0,5 %. Ursache hierfür sind die hohe Arbeitslosigkeit und das zu niedrige Investitionsniveau. Im Grunde ist Wachstum die Summe aus der Zunahme an Arbeitsstunden und an Produktivität. Beide Faktoren geraten durch fehlende Arbeitsplätze und fehlende Investitionen unter Druck. Auf diese Weise stößt eine "konjunkturelle" Rückkehr des Wachstums sehr bald an strukturell bedingte Grenzen.

Abgesehen davon hat es negative äußere Faktoren gegeben. Die geopolitische Unsicherheit hat sich auf das Vertrauen in Europa ausgewirkt, und die Leistungsfähigkeit der BRIC-Länder – schwächer als prognostiziert im Falle Chinas und ganz einfach schwach im Falle Russlands und Brasiliens – hat unsere Ausfuhren und somit das exportabhängige Wachstum einiger unserer Länder belastet.

Wir sollten die Ursachen des schwachen Wirtschaftswachstums nicht bei der Währungspolitik suchen, was sich anbieten würde. Auch sollten sie nicht bei der Haushaltspolitik gesucht werden, da die Nettoauswirkungen der Haushalte auf das Wachstum in diesem Jahr neutral gewesen sind. In den letzten Jahren hat Europa haushaltspolitische Flexibilität gezeigt, indem es nicht so sehr auf die nominalen Defizitwerte, sondern auf das strukturelle Defizit Nachdruck gelegt hat. Ein Beleg dafür sind die zusätzlichen Fristen, die im Jahr 2013 für bestimmte Länder vereinbart wurden, um ihnen die Möglichkeit zu geben, die im Vertrag von Maastricht vorgesehene Obergrenze von 3 % einzuhalten.

Nun müssen wir uns auf die Strukturreformen konzentrieren. Sie sind in allen Ländern notwendig (auch in Deutschland). Die Welt ist in ständigem Wandel begriffen: Niemand kann sich auf den gestrigen Anstrengungen oder den heutigen Lorbeeren ausruhen.

Eine oberste Priorität ist die Verbesserung der Funktionsweise der Arbeitsmärkte. Es geht um die Bekämpfung der Dualität zwischen "Insidern" und "Outsidern", nämlich zwischen denjenigen, die einen Arbeitsplatz mit einem festen Vertrag haben, und denjenigen, die einer prekären Beschäftigung nachgehen oder überhaupt keine Arbeit haben – sehr häufig Frauen, junge Menschen, Einwanderer... Diese Dualität ist in vielen Ländern ein Hauptgrund für den steilen Anstieg der Arbeitslosigkeit während der Krise.

Weitere wesentliche Strukturreformen betreffen den Binnenmarkt (ein Thema, das Senatore Monti sehr am Herzen liegt ...) und auch die Energieunion, den digitalen Binnenmarkt sowie natürlich den Forschungs- und Innovationsraum.

Vor zwei Wochen – auf der letzten von mir geleiteten Tagung des Europäischen Rates – haben die Staats- und Regierungschefs die Absicht der neuen Europäischen Kommission begrüßt, in den nächsten drei Jahren zusätzliche Investitionen im Umfang von bis zu 300 Mrd. EUR anzustoßen. Die Verantwortung, die den Mitgliedstaaten bei den Reformen, aber auch bei den Investitionen zukommt, ist enorm. Und vergessen Sie bitte nicht: Investitionen fördern heißt, wirtschaftlich gesehen, auf der Nachfrageseite und auf der Angebotsseite handeln!

Die derzeitige Wirtschaftslage ist kompliziert, da wir nicht nur ein zu geringes Wachstum haben, sondern auch eine außergewöhnlich niedrige Inflation – bei den Ländern des Euro-Raums ausgeprägter als bei den übrigen Mitgliedstaaten. Dies belastet sowohl die öffentliche als auch die private Verschuldung (die zu hoch sind) und infolgedessen auch die Investitionen.

Deshalb müssen wir, wie ich bereits vor ein paar Tagen im Europäischen Parlament sagte, ohne Tabus, ohne Furcht, ohne Obsessionen und ideologiefrei Mittel und Ressourcen mit einer Mischung aus kurz- und langfristigen Zielen – unter Beachtung der Grundprinzipien der Wirtschafts- und Währungsunion – mobilisieren. Unser gesamtes sozioökonomisches System ist auf Wachstum und Beschäftigung aufgebaut. Dessen sind sich alle durchaus bewusst.

Lassen Sie mich noch eine strategische Bemerkung anfügen. Wenn wir den Menschen in den kommenden Jahren keine greifbaren Ergebnisse hinsichtlich Wachstum und Beschäftigung präsentieren können ..., wenn wir nicht zeigen können, dass all diese Opfer und Anstrengungen Früchte tragen ..., dann wird der europäische Gedanke unter sehr starken Druck geraten.

Das euronegative Votum bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai diesen Jahres hindert die Organe der EU nicht daran, weiterhin zu funktionieren. Aber ohne Perspektive und Hoffnung auf ein besseres Leben können die nächsten europäischen Wahlen und die kommenden nationalen Wahlen ein Desaster werden. Als Fazit lässt sich sagen: Es steht viel auf dem Spiel. Wir müssen uns dessen in vollem Umfang bewusst sein. Die kommenden fünf Jahre sind genauso kritisch wie die vergangenen fünf Jahre.

Wie ich gesehen habe, befinden sich viele herausragende Rechtsexperten unter den Zuhörern, Praktiker und Professoren – wie Giuliano Amato (*il Dottor Sottile*) und Joseph Weiler, mit dem ich in der Vergangenheit schon diskutiert habe ... So dachte ich mir, dass es von Interesse wäre, Ihnen einige institutionsbezogene Überlegungen über meine Erfahrungen im Amt und darüber, wie ich die mir übertragene Aufgabe ausgestaltet habe, darzulegen.

Für mich war das Amt genauso neu wie für jedermann. Ich wurde am 19. November 2009 gewählt. Ich werde das nie vergessen. Ich hatte eine Presseerklärung vorbereitet, in der ich meine Vorstellungen angedeutet habe. Immer noch wert, daraus zu zitieren. Es passiert nicht so häufig, dass man sich eine alte Erklärung erneut anschauen kann, ohne zu erröten. Damals sagte ich: *"Ich bin der Meinung, dass jedes Land aus Verhandlungen als Sieger hervorgehen sollte. (...) Als Präsident des Europäischen Rates werde ich jedem gut zuhören und dafür sorgen, dass unsere Beratungen Ergebnisse für alle bringen."* Ich sagte auch: *"Es ist viel über das Profil des künftigen Präsidenten (...) debattiert worden, es gibt aber nur ein mögliches Profil, und zwar eines des Dialogs, der Einheit und des Handelns."*

Die Rechtsexperten unter Ihnen werden wissen, dass im EU-Vertrag die Rolle und die Aufgaben des Europäischen Rates und seines Präsidenten in gerade mal einigen wenigen Zeilen dargelegt werden. Dieses Organ hat keine Gesetzgebungsbefugnis und ist nicht an Entscheidungen im Rahmen der Exekutivverwaltung beteiligt. Es ist im Wesentlichen ein politisches Organ, dessen Rolle darin besteht, die allgemeine Richtung festzulegen. Oder, wie es in der Sprache des Vertrags heißt: *"Der Europäische Rat gibt der Union die für ihre Entwicklung erforderlichen Impulse und legt ihre allgemeinen politischen Zielvorstellungen und Prioritäten fest"*.

Das Organ ist nicht dazu berufen, am Tagesgeschäft teilzunehmen – die anderen EU-Organe erledigen dies viel besser im Rahmen der wohlerprobten "Gemeinschaftsmethode" –, aber es soll in Aktion treten, wenn besondere Fälle auftreten: Änderung des Vertrags, Ausrichtung des Haushalts und auch Umgang mit Krisen ...

Dem Vertrag (und dem, was nicht darin steht) kann man zudem entnehmen, dass der Präsident des Europäischen Rates eine relativ kurze Amtszeit hat (zweieinhalb Jahre, einmal verlängerbar), über keine Haushaltsverantwortung, keine eigene Verwaltung und kein Ernennungsrecht und nur einen sehr kleinen Mitarbeiterstab verfügt.

Es ist schon recht paradox: Der Europäische Rat gilt allgemein als die höchste politische Autorität in der Union, aber die Stellenbeschreibung und die formalen Kompetenzen seines Präsidenten sind eher vage, man könnte sogar sagen: dürftig. Daher hängt eine Menge davon ab, was man damit macht oder daraus macht! Ich kann es auch anders formulieren: Alles, was formell nicht vorgesehen war, musste informell geschaffen werden.

Und das beginnt mit etwas ganz Einfachem: Vertrauen aufbauen. Vertrauen aufbauen ist in meinen Augen vielleicht die wichtigste Aufgabe eines Präsidenten des Europäischen Rates. Unter den Staats- und Regierungschefs, den Institutionen, den Ländern Vertrauen aufbauen ist die Grundlage für politische Entscheidungsfindung. Dies gilt besonders, wenn die Entscheidungen schwierig sind und wenn sie im Konsens zu treffen sind, wie dies im Europäischen Rat in der Regel der Fall ist.

Wie baut man Vertrauen auf? Indem man auf die Menschen zugeht, ihnen zuhört und ihre Ansichten berücksichtigt. So ist es mir während meiner gesamten Amtszeit ein Anliegen gewesen, alle Mitglieder des Europäischen Rates in ihrer eigenen Hauptstadt – grundsätzlich einmal im Jahr – zu besuchen. Wenn man mit den Präsidenten und Premierministern in ihrem eigenen Arbeitsumfeld – von Helsinki bis Nikosia und von Dublin bis Sofia – spricht, erlangt man eine viel bessere Vorstellung davon, was sie wirklich bewegt. Und als regelmäßiger Besucher in den Regierungspalästen in anderen Hauptstädten muss ich doch feststellen, dass die meisten dieser Örtlichkeiten – ich möchte nicht sagen prachtvoll oder luxuriös –, auf jeden Fall aber schöner sind als unsere eher im Sowjetstil gehaltenen Büros in Brüssel.

Alle meine Bemühungen, Vertrauen aufzubauen, haben sich in Zeiten der Not und der Krise ausgezahlt. Leider mussten wir solche Zeiten durchleben. Die Euro-Krise und die Lage in der Ukraine treten in diesem Zusammenhang deutlich hervor. Ein paar Worte möchte ich zur Rolle des Europäischen Rates während jeder dieser beiden Krisen sagen.

Es stimmt, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise erkennbar von Europas Staats- und Regierungschefs höchstpersönlich angegangen wurde – vor allem in den Jahren 2010-2012. Es gab zwei offensichtliche Gründe dafür.

Erstens ging es um eine Menge Geld. Die Staatsschuldenkrise – wie zuvor die Bankenkrise – machte den Zugriff auf das Geld der Steuerzahler erforderlich. Der gemeinsame EU-Haushalt ist relativ klein (rund ein Prozent des BIP), weshalb die Organe der Union nicht in entscheidender Weise selbst in Aktion treten konnten. Die Mitgliedstaaten mussten sich darum kümmern. Und die Beträge waren so enorm, dass in den meisten Ländern die Entscheidung nur auf höchster politischer Ebene – in all den Palazzi Chigi und Quinalspalästen der gesamten Union – getroffen werden konnte. Dass nationale Geldmittel benötigt wurden und somit die einzelnen Staats- und Regierungschefs und die nationalen Parlamente eingebunden werden mussten, war ganz einfach gelebte Wirklichkeit.

Zweitens sind die Grenzen von Institutionen, die auf zugeteilten Kompetenzen beruhen, in Zeiten der Krise rasch erreicht. Die Union kann nur in den Bereichen handeln, für die ihr die Regierungen gemeinsam das Mandat erteilt haben. Aber wenn wir Neuland betreten und wenn neue Regeln erlassen werden müssen, ist der Europäische Rat gut geeignet, seinen Beitrag zu leisten.

Aber auch wenn wir gezwungen waren, diesen "zwischenstaatlichen" Weg zu gehen, so sind doch stärkere zentrale Institutionen aus all unseren Arbeiten hervorgegangen. Der Kommission wurde die vermutlich noch nie dagewesene Befugnis übertragen, die nationalen Haushaltspläne und Wirtschaftspolitiken zu überprüfen (wir sehen dies gerade in diesen Wochen ...). Das Europäische Parlament hat an Einfluss gewonnen. Anfang dieser Woche hat die Europäische Zentralbank mit der Beaufsichtigung sämtlicher Banken des Euro-Raums begonnen. Solche Kompetenzverschiebungen erfordern natürlich die vorherige Zustimmung all der betroffenen Länder.

Damit komme ich zur Rolle des Europäischen Rates im Bereich auswärtige Angelegenheiten. Während die ersten zwei bis drei Jahre durch die Wirtschaftskrise beherrscht wurden, hat sich im vergangenen Jahr unser politisches Augenmerk stärker auf die Welt um uns herum gerichtet. Und insbesondere auf die Ukraine. Was naheliegt.

Die Krise in der Ukraine war und ist die schwerste Bedrohung der europäischen Sicherheitsordnung seit dem Ende des Kalten Krieges. Die Invasion der Krim im vergangenen März hat einen Wendepunkt dargestellt. Selbstverständlich hat es davor bereits folgenschwere Ereignisse in der Ukraine gegeben und es gibt sie immer noch – aber diese Invasion ist der Wendepunkt gewesen. Wenn man in Grenzen eingreift, greift man in den Frieden ein.

Anfang März habe ich eine dringliche Tagung zur Ukraine einberufen. (Dies war erst der zweite derartige Gipfel im Bereich auswärtige Angelegenheiten; der erste – zu Libyen – fand drei Jahre zuvor statt und war ebenfalls sehr wichtig.)

Auf der Tagung zur Ukraine – nach der Invasion der Krim – hat der Europäische Rat die Reaktion der Union dargelegt. Gegenüber der Ukraine: politischer Beistand – mit dem Assoziierungsabkommen – und Unterstützung der Reformen. Gegenüber Russland: Sanktionen in drei Stufen, um Russland zur Änderung seines Verhaltens zu bewegen. Seither sind wir diesem dualen Ansatz treu geblieben.

Der Europäische Rat befasst sich nicht allzu häufig mit auswärtigen Angelegenheiten. In der Regel überlassen die meisten Präsidenten und Premierminister diese Fragen ihren Außenministern (genauso wie sie – in normalen Zeiten – die finanziellen Angelegenheiten lieber ihren Finanzministern überlassen!). Aber wenn es hochpolitisch wird, als es zu einer Angelegenheit der Stabilität auf dem Kontinent, der Energieabhängigkeit, der Sanktionierung Russlands und damit wiederum der möglichen Beeinträchtigung unserer Volkswirtschaften geworden ist, da wollten alle Staats- und Regierungschefs persönlich einbezogen werden, und dies ist ja auch die ganze Zeit geschehen. Und zweifelsohne wird unter meinem Nachfolger Donald Tusk diese Einbeziehung der Staats- und Regierungschefs im Rahmen der Krise in der Ukraine so lange wie nötig fortgesetzt werden. Die jüngst für den Winter geschlossene Energievereinbarung war ein positiver Schritt. Die Anerkennung der sogenannten Wahlen im Donezbecken durch Russland war hingegen ein sehr negativer Schritt.

Nach meinen Erfahrungen hat es sich also erwiesen, dass der Europäische Rat, wenn der richtige Druck da ist, durchaus zu handeln vermag. Wenn wir es wirklich müssen, ist es möglich, 28 Staats- und Regierungschefs, 28 Länder in einen Gleichklang zu bringen. Das ist nicht leicht, aber es ist möglich. Ich frage mich heute, wie man diese Handlungsfähigkeit für Europa auch dann bewahren kann, wenn es keine unmittelbare Krise gibt oder kein äußerer Druck herrscht. Das wird viel schwerer sein.

Auf jeden Fall wird dies von der Europäischen Kommission und ihrem Initiativsinn abhängen und auch – was immer man denken mag – von der Fähigkeit Frankreichs und Deutschlands (denen sich andere anschließen), zu gemeinsamen Lösungen zu gelangen. Natürlich sind dies nur zwei Länder von 28 Ländern, aber sie repräsentieren zwei politische und wirtschaftliche Denkweisen innerhalb der Union und ohne ihre Zustimmung zu einer gemeinsamen Richtung werden die Dinge sehr schwierig.

Ihre Zustimmung reicht als Voraussetzung nicht aus, ist aber häufig eine notwendige Vorbedingung. Dies ist jedenfalls meine Erfahrung. Und gerne überlasse ich es meinem Nachfolger, zu beweisen, dass ich hier im Irrtum bin!

Wenn die Rede von Deutschland und Frankreich – nicht zu vergessen von Italien und den anderen Ländern – ist, lassen Sie mich auch das Vereinigte Königreich erwähnen, das hier ebenfalls vertreten ist, nämlich durch Peter Mandelson. In den nächsten fünf Jahren wird es uns vor eine der entscheidenden Herausforderungen stellen. Wir müssen alles daran setzen, die Union zusammenzuhalten. "Besser zusammen!"

Mein Eindruck ist, dass die anderen Mitgliedstaaten bereit sind, im gegebenen Fall zuzuhören, zu sprechen, zu verhandeln, sofern die Grundwerte und Grundprinzipien unserer Union geachtet werden.

Bitte erlauben Sie mir, im dritten und letzten Teil meiner Rede einige abschließende Überlegungen anzustellen.

Schaut man sich die vergangenen Jahre und die enttäuschende Wirtschaftslage an, so steht eindeutig fest, dass "Europa" während der Krise nicht populär geworden ist – ganz im Gegenteil. Deshalb sind die nächsten fünf Jahre so wichtig.

Aber es gibt auch eine Krise der Politik im Allgemeinen – auf allen Ebenen. Nun nach der Finanzkrise herrscht sogar ein allgemeines Unbehagen, das zusammenhängt mit der Funktionsweise unserer Volkswirtschaften, mit der Verteilung des Wohlstands, der Steuerlast, mit der Vertiefung der Ungleichheiten ... Ganz zu schweigen von der Angst vor Globalisierung, vor Migration, vor Gewalt von Fanatikern.

Natürlich – kleine Nuance – sind populistische Parteien in einer Reihe von Ländern bereits Jahre vor Ausbruch der Finanzkrise und der Euro-Krise aufgetaucht. Jeden Tag müssen wir dafür kämpfen, "Angst in Hoffnung zu verwandeln".

Sicher, es gibt auch eine spezielle europäische Dimension dieses Problems. In meinen Augen geht es dabei aber nicht nur um Institutionen und Wahlen. Ganz grundsätzlich sollte sinnvollerweise betrachtet werden, wie die Menschen die Union wahrnehmen und sich zu ihr verhalten. Wie sie sie erleben. Und diesen Punkt würde ich gerne zum Abschluss näher ausführen.

Beginnen muss ich mit einer traurigen Beobachtung. Offenbar machen heute die Menschen Europa dafür verantwortlich, dass sie sich ohnmächtig und übergangen fühlen – wo unsere Union doch aufgebaut wurde, um sie stärker zu machen und damit sie ihre Geschicke wieder selbst in die Hand nehmen.

Um diese Ernüchterung der Öffentlichkeit besser begreifen zu können, besteht – wie ich im vergangenen Mai in einer Rede in Aachen, als mir der Karlspreis verliehen wurde, dargelegt habe – eine Möglichkeit darin, sich einmal anzuschauen, wie unsere Union von den Menschen vor allem als Raum und kaum jemals als Ort wahrgenommen wird. Raum und Ort sind nämlich nicht dasselbe. Ein Ort bedeutet Schutz, Stabilität und Zugehörigkeit. Er ist ein Heim, in dem sich Menschen zuhause fühlen. Ein Raum dagegen ermöglicht Bewegung und bietet Chancen. Es geht um Richtung, Geschwindigkeit und Zeit. Als Menschen brauchen wir beides. Einen Raum, in dem wir fliegen können, und ein Nest, das wir unser eigen nennen können. Wir sind sehr einfache Geschöpfe!

Bei Europa stand immer der Raum im Mittelpunkt. Lassen Sie uns einmal darüber nachdenken. Von Anbeginn an war es kennzeichnend für Europa, dass Grenzen beseitigt wurden, für Waren, für Arbeitnehmer und für Investitionen, damit Menschen und Unternehmen sich frei bewegen, Initiativen ergreifen und Chancen wahrnehmen konnten. Sogar heute noch – auf so unterschiedlichen Gebieten wie Energie, Telekommunikation oder digitale Wirtschaft – geht es darum, Grenzen abzubauen und diesen großen gemeinsamen Raum zu schaffen.

Aber wir haben Europa nie als Heimat, als Zufluchtsort begriffen, und heute zahlen wir den Preis dafür. Jahrzehntlang ist es gut gegangen. Die offenen Grenzen boten gewaltige Möglichkeiten, im Ausland zu arbeiten, Handel zu treiben, zu studieren. Und die Folgen dieser ganzen Öffnung wurden überwiegend abgedeckt – durch Wirtschaftswachstum und durch die Wohlfahrtsstaaten, die parallel dazu aufgebaut wurden.

Im Wesentlichen sah die Arbeitsteilung während jener Jahre so aus, dass Europa öffnete und die nationalen Regierungen schützten. Niemand erwartete etwas anderes. Aber die Dinge haben sich geändert. Die Globalisierung setzt die Wohlfahrtsstaaten unter Druck. Die Krise hat den Institutionen der Europäischen Union eine neue Rolle aufgenötigt.

Das Ergebnis ist ein dramatischer und schneller Wandel: Während Europa jahrzehntlang ganz für Öffnung, Liberalisierung, Befreiung, Emanzipierung, Ermächtigung ... stand, wird es jetzt plötzlich gleichgesetzt mit Einmischen, Verurteilen, Vorschreiben, Diktieren, Maßregeln ja sogar Bestrafen ... Europa, dieser große "Eröffner" von Chancen wird von vielen nunmehr als unwillkommener "Eindringling" wahrgenommen, der Freund der Freiheit und des Raums bedroht in ihren Augen ihren Schutz und ihren Ort.

Wir müssen das richtige Gleichgewicht finden. Die Union muss auch für Schutz stehen. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass die Union nur den Unternehmen nutzt, sie muss auch den Arbeitnehmern Vorteile bringen, nicht nur den "mobilen", sondern auch den "sesshaften", nicht nur denen, die über Diplome und Fremdsprachenkenntnisse verfügen, sondern allen Bürgern; und die Menschen dürfen nicht nur als Verbraucher betrachtet werden, die billige Produkte und eine große Auswahl wollen, sondern auch als Arbeitnehmer, die in anderen vielleicht Konkurrenten sehen, die ihren Arbeitsplatz bedrohen.

Wie finden wir dieses richtige Gleichgewicht? Was den Schutz angeht, so erwarten die Menschen von der Europäischen Union zweierlei.

Erstens, dass sie bei Problemen, die einzelne Länder eindeutig nicht allein bewältigen können, einschreitet. Bei globalen und grenzüberschreitenden Fragen wollen die Menschen wirklich, dass Europa ihre Interessen verteidigt und Bedrohungen abwehrt. Zweitens, dass die Union bei den Dingen, um die sich am besten die nationalen Regierungen kümmern sollten, nicht im Wege steht. In anderen Fällen wiederum muss die Union gerade wegen ihrer Größe behutsam auftreten. Nicht stören, sondern vertraute Orte des Schutzes und der Zugehörigkeit achten – angefangen von nationalen Wohlfahrtssystemen über regionale Traditionen und Identitäten bis hin zu lokalen Käsespezialitäten.

Aus dieser Perspektive ist die Botschaft der Bürger an die Union eindeutig: *"Die Union muss mehr Stärke nach außen zeigen und mehr Fürsorge nach innen."* Für mich besteht eine der wichtigsten Herausforderungen der Zukunft darin, das Vertrauen der Menschen in unsere Union wiederzugewinnen. Und ich vertraue voll und ganz darauf, dass sich der neue Führungsstab dieser bedeutenden Verantwortung geradeheraus stellen wird. Ich danke Ihnen. Grazie.
